

BESCHLUSS DES HAUPTAUSSCHUSSES VOM 17. FEBRUAR 2021

HÄNDE WEG VON UNSEREM VERSAMMLUNGSRECHT!

1. Der Landesjugendring NRW setzt sich seit jeher für die demokratische Teilhabe junger Menschen in Politik und Gesellschaft ein. Der Vorstand des Landesjugendrings NRW möge sich deshalb an geeigneter Stelle, beispielsweise durch ein Fachgespräch oder eine Stellungnahme, dafür einsetzen, dass der vorgelegte Gesetzentwurf im Sinne der demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten von jungen Menschen überarbeitet wird.
2. Der Landesjugendring NRW fordert die Landesregierung NRW dazu auf, die Einführung des geplanten Versammlungsgesetzes auf eine Zeit zu verschieben, in der es der breiten Zivilgesellschaft möglich ist, den Entwurf in angemessener Form (auf Demonstrationen etc.) zu diskutieren und Verbesserungen zu erreichen.
3. Außerdem fordert der Landesjugendring NRW die Landesregierung NRW dazu auf, den Gesetzentwurf u.a. mit Vertreter_innen einer Jugendorganisation wie dem Landesjugendring NRW oder der LSV¹ zu verbessern, um die demokratische Teilhabe Jugendlicher zu erhöhen. Sie werden auf lange Sicht mit den Konsequenzen des neuen Gesetzes konfrontiert sein.

Begründung:

Das neue, von der schwarz-gelben Landesregierung von Nordrhein-Westfalen vorgelegte, Versammlungsgesetz² ist kein "[...] umfassendes, modernes und rechtssicheres Versammlungsgesetz", wie von Minister Reul angekündigt, sondern ein Gesetz, welches gerade den Protest junger Menschen erschwert, die dank des Wahlalters von 18 Jahren oft nur diese Art der demokratischen Teilhabe nutzen können.

Eines der wichtigsten und im Grundgesetz der Bundesrepublik verankerten Bürger_innenrechte ist das Recht auf Versammlungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, die von der Exekutive nur in sehr engen Grenzen beeinträchtigt werden darf. Der vorgelegte Gesetzentwurf zum neuen Versammlungsgesetz geht jedoch darüber hinaus und ruft Irritationen hervor. Obwohl seit 2017 von der neuen schwarz-gelben Landesregierung geplant, soll das neue Versammlungsgesetz ausgerechnet 2021 während der Corona-Pandemie "diskutiert" und beschlossen werden. In einer Zeit also, wo die breite Zivilgesellschaft, die ein liberal-demokratisches Versammlungsgesetz benötigt, nur sehr begrenzte Möglichkeiten hat, diese Gesetzesverschärfung kritisch zu begleiten.

Doch nicht nur wegen der Art und Weise seiner Einführung ist der vorliegende Entwurf umstritten, sondern auch wegen seiner Inhalte, die an vielen Stellen Defizite offenbaren und in keinem Verhältnis zur bundesweiten Praxis stehen³. Viele junge Menschen haben oft schon nicht die Möglichkeit sich durch Wahlen an der Demokratie bzw. den demokratischen Entscheidungen zu beteiligen – demnach bleibt das Demonstrationsrecht eine der wichtigsten Partizipationsmöglichkeit für Jugendliche, darüber hinaus aber auch für die gesamte

¹ Landeschüler*innenvertretung NRW <https://lsvnrw.de/>

² <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-12423.pdf>
<https://www.im.nrw/eigenes-versammlungsgesetz-fuer-nrw>

³ <https://www.prigge-recht.de/nrw-landesregierung-will-versammlungsfreiheit-massiv-beschaerken/>

außerparlamentarische Öffentlichkeit, die so auch innerhalb einer Legislaturperiode Einfluss auf Entscheidungen nehmen kann.

Wenn dann durch erhöhte Auflagen (bspw. für Versammlungsanmeldungen) und Repressionsgefahr (bspw. durch Kontrollstellen der Polizei, Haftung als Versammlungsleitung) für das Verhalten einzelner Demoteilnehmer_innen, auf die man oft gar keinen Einfluss hat, gerade bei jungen Menschen eine unnötig hohe Hemmschwelle erzeugt wird, verlieren diese ihre ohnehin schon eingeschränkten Partizipationsformen⁴.

Zeitgemäß wäre ein Versammlungsgesetz, welches einfach und verständlich ist, wenige verborgene Risiken beinhaltet und Menschen aller Alters- und Gesellschaftsgruppen, aber insbesondere Jugendliche befähigt, von ihren Rechten Gebrauch zu machen. Im neuen Gesetzentwurf werden die formalen Hürden dabei unnötig erhöht, indem die formalen Hürden der Versammlungsanmeldung erhöht werden, Versammlungsleitungen in Zukunft schneller für den Verlauf einer Demonstration verantwortlich gemacht werden können und die Polizei unter bestimmten Voraussetzungen die Personalien aller Ordner_innen erfassen und sogar schon im Vorhinein verlangen kann.

Dies ist grundsätzlich schon ein großer Verlust, da Jugendliche durch diese Änderungen von Grund auf noch stärker aus dem politischen Diskurs ausgeschlossen werden. Darüber hinaus verlieren (junge) Menschen Berührungspunkte zu unserer Demokratie – die Folgen davon sind fatal, denn wie soll Kindern und letztendlich Jugendlichen ein Demokratieverständnis vermittelt werden, wenn diese sich von der Politik strukturell ausgeschlossen und nicht beachtet fühlen?

Fazit

Bezogen auf die aktuelle Lage, in der das öffentliche Leben stark eingeschränkt ist und die Zivilgesellschaft ihren notwendigen Protest verlagert hat, um andere zu schützen sowie aufgrund der genannten Defizite des Gesetzentwurfs, halten wir diesen Entwurf für nicht tragbar.

Eine Aussprache über die geplanten Gesetzänderungen sollte den Blickwinkel von Jugendverbandsarbeit und in Folge somit von Kindern und Jugendlichen berücksichtigen.

Für alle Menschen in allen Lebenslagen ist es wichtig, eine Gesetzgebung zu haben, die die eigenen Rechte und die aller anderen schützt, damit eine Demokratie auch in Zeiten schwerer Krisen wehrhaft und lebendig bleibt.

⁴ <https://lsvnrw.de/aktuell/schuelerausweis-her-die-neue-realitaet-auf-fridays-for-future-demos/>